



Ole von Beust
13. April 1955 geboren in Hamburg.
CDU-Kommunalpolitiker. Schulbesuch und Abitur in Volksdorf. Seit 1971 Mitglied der CDU. 1973–1975 Assistent bei der CDU-Bürgerschaftsfraktion. 1975–1980 Jurastudium in der Hansestadt. Seit 1978 Mitglied der Bürgerschaft, u. a. als Vorsitzender der CDU-Fraktion. Seit 1983 Rechtsanwalt. Seit 2001 Erster Bürgermeister.

Ole von Beust

Erster Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg
**„Halbzeit in Hamburg –
Handeln im Bund: Eine Bestandsaufnahme“**

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

I.

Ich bedanke mich für die so freundliche und so herzliche Begrüßung. Ich werde in meiner Rede auch gern auf das eingehen, was Sie vorgeschlagen haben, lieber Herr Dr. von Foerster, zur Frage, welche Chancen wir im Norden gemeinsam haben, wie wir sie nutzen können und welches die Wege sind, diese Chancen zu nutzen.

Aber zunächst einmal bedanke ich mich sehr herzlich für die Einladung, heute, am frühen Abend, zu Ihnen sprechen zu dürfen. Es gibt wohl kaum ein anderes Forum in Hamburg, das einem die Möglichkeit gibt, vor einem so interessanten und interessierten Auditorium Aspekte der Entwicklung der Politik jenseits der tagespolitischen Erfordernisse beleuchten zu dürfen.

Dabei, meine Damen und Herren, lege ich Wert auf die Feststellung, dass ich mir heute erlaube, meine persönliche Meinung zu sagen. Das, was ich mit Ihnen erörtern möchte, ist nicht abgestimmt in Koalitionsrunden oder im Senat oder in Parteigremien oder wo auch immer, sondern entspricht meiner ganz persönlichen Auffassung.

II.

Meine Damen und Herren, bevor ich zur Entwicklung Hamburgs und der Region komme, möchte ich zur Situation der Bundesrepublik Deutschland in diesen Tagen und Wochen etwas sagen.

Denn wir stehen vor der Frage: Wie geht es weiter? Wie stellen wir uns die Bundesrepublik Deutschland in fünf, zehn, fünfzehn Jahren vor? Ich glaube, dass die Beantwortung dieser Frage jetzt die entscheidende, alles umtreibende Frage ist, die sich Politikerinnen und Politiker stellen müssen, weil einige Vorschläge der Bundesregierung vorliegen – einige Landesregierungsvorschläge, im Bundestag, in der Bundesregierung, im Bundesrat –, dass wir jetzt überlegen müssen, wie es weitergeht, insbesondere mit den sozialen Sicherungssystemen, mit der Rente, mit der Gesundheit, der Arbeitslosenversicherung; alles mit dem Ziel, die Bundesrepublik zukünftig wettbewerbsfähiger zu machen, als sie ist. Dass wir nicht wettbewerbsfähig sind und im Ranking der Länder ganz vorn sein wollen, aber leider ganz hinten sind, das zeigen alle vergleichenden Untersuchungen: Deutschland, der Bremser in Europa, der Wachstumshemmer in Europa! Deutschland hat gemeinsam mit Frankreich die Rolle, die wir nie haben wollten, nämlich ganz hinten, der Zauderer und Zögerer und nicht der Reformer zu sein. Ich glaube, das sind Dinge, die jetzt Entscheidungen abverlangen, bei denen es nicht um eine Reform des Systems oder der einzelnen Systeme, ja noch nicht einmal um den Umbau der Systeme geht, sondern ich bin fest überzeugt, in diesen wichtigsten Bereichen der Gesellschaftspolitik reichen Reform und Umbau nicht aus. Wir brauchen einen Systemwechsel, um wirklich konkurrenzfähig zu sein; einen Systemwechsel letztlich mit dem Gedanken, den Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft, wie sie nach 1949 entwickelt wurde, wieder zum Durchbruch zu verhelfen.

Was heißt das? Diese Grundlagen sind: Freiheit, nicht nur als Selbstverwirklichung, Selbst- oder Eigenfindung, sondern als Verantwortung für sich und die Nächsten, Markt als Prinzip und soziale Gerechtigkeit als Ausdruck von Nächstenliebe. Von diesen Grundgedanken haben wir uns in der 54-jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland weit entfernt. Das ist kein Vorwurf an die verehrten Damen und Herren der politischen Gegenseite, sondern das betrifft genauso meine Partei. Aus den ursprünglichen Gedanken der eigenverantworteten, auf sozialer Gerechtigkeit und marktwirtschaft-

lichen Lösungen basierenden Gesellschaft, die auch soziale Fragestellungen mit diesen drei Parametern beantwortet, ist inzwischen ein kaum kontrollierbares, der politischen Beliebigkeit ausgesetztes kollektives Sicherungssystem geworden.

Ich will im Weiteren noch näher begründen, wie ich mir diesen notwendigen Systemwechsel vorstelle, um zum Grundgedanken der Marktwirtschaft zurückzugelangen.

Bevor ich das tue, stelle ich aber – mir, Ihnen, uns gemeinsam – die Frage: Warum tun wir uns in Deutschland allein schon mit dem Gedanken eines solchen Systemwechsels so schwer? Woran liegt das eigentlich? Andere Länder, vorwiegend angelsächsische Länder, aber auch einige skandinavische Staaten und die Niederlande, sind hier erheblich weiter. Worin liegen die spezifischen Schwierigkeiten in Deutschland? Ich glaube, es ist zu kurz gedacht, wenn man alle Schuld an den mangelnden Veränderungen, am mangelnden Mut zum Systemwechsel, den so genannten Lobbys oder Lobbyisten oder den Politikern gibt. Das ist zwar beliebt, aber zu kurz gesprungen. Natürlich haben Lobbys und Lobbyisten die Aufgabe der Besitzstandswahrung – dafür arbeiten sie, das ist ihr Job –, aber das ist überall so, in Europa, in der ganzen Welt, das ist kein typisch deutsches Problem. Natürlich wollen Politiker gern wiedergewählt werden und haben daher Sorge, unpopuläre Dinge zu tun. Auch das ist aber nicht typisch deutsch, sondern ist in der ganzen Welt in jeder Demokratie so. Auch die Funktion der Presse, abstrakt Reformen und Änderungen zu fordern, und dann, wenn nur ein Hauch davon eingeleitet wird, sofort den Widerstand der Betroffenen sehr massiv zu artikulieren, ist die Aufgabe der Presse, und das ist in der ganzen Welt so. Woran liegt es also, dass wir uns in Deutschland so schwer tun? Nach meiner Auffassung hat das zwei mehr oder weniger historische Ursachen: Die eine ist die, dass es, kurz gesagt, mitteleuropäische und deutsche – gerade deutsche – Tradition ist, dass der Wert der Freiheit – und auch das persönliche Wertlegen auf Freiheit und Selbstverantwortung, auf Entscheidungsfreiheit – in breiten Schichten der Bevölkerung, wenn überhaupt, auf einer Ebene mit dem Wert – meistens sogar noch unterhalb – des Wunsches nach Geborgenheit und Sicherheit eingeordnet wird. Entscheidungsfreiheit kontra mutmaßlicher Geborgenheit und Sicherheit. Das ist ein sehr deutsches Phänomen. Es hat Tradition bis in die kleinen Fürstentümer des Mittelalters zurück, dass die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, für das Gefühl mutmaßlicher Geborgenheit und Sicherheit, zum Beispiel durch ihren Landesherrn, auf persönliche Freiheit und Entscheidungsfreiheit zu verzichten. Bis vor vierzehn Jahren war dieser Grundsatz sogar noch Staatsdoktrin im anderen Teil Deutschlands.

Ich glaube, nicht anders ist es zu erklären, dass die Menschen hier, wie sonst kaum anderswo auf der Erde, immer noch einigermaßen geduldig hinnehmen, dass zwischen 40 und 55 Prozent ihres Einkommens in schwer oder gar nicht kontrollierbare Institutionen abgegeben werden, die den Bürgern dafür Sicherheit und Geborgenheit versprechen. Ich denke an die Rentenversicherung, an die Krankenversicherung, an die Arbeitslosenversicherung, von Steuern ganz zu schweigen. Das ist schon eine sehr starke Geduld unserer Landsleute, fast 50 Prozent und mehr ihres Einkommens nahezu klaglos – oder wenn, dann leise klagend – in kollektive Sicherungssysteme zu bezahlen, die ja, meine Damen und Herren, von niemandem wirksam kontrolliert werden. Hat jemand von Ihnen einmal an Sozialwahlen teilgenommen? Vermutlich nicht. Aus gutem Grund nicht: Weil Sie damit wenig beeinflussen. Damit soll man diese Systeme eigentlich kontrollieren, nur, sie sind in der Tat kaum kontrollierbar.

Und ich glaube, nur mit dieser Tradition ist es zu erklären, dass jeder Schritt weg von verordneter kollektiver Sicherung hin zu freier Entscheidung über die eigene Sicherung so unglaublich schwer und mit so unglaublichen Vorurteilen behaftet ist.

Anders ist es für mich kaum nachvollziehbar, dass viele Menschen – durchaus bewusst – immer noch ihre persönliche Entscheidungsfreiheit, wie sie zum Beispiel für das Alter oder für ihre Gesundheit vorsorgen wollen, dem Diktat einer gesetzlichen Regelung und gesetzlichen Kassen unterwerfen, auf

deren Handlungsweise sie so gut wie überhaupt keinen Einfluss haben. Im Gegenteil: Hinzu kommt, dass die Zahlung der zwangsweise erhobenen Beiträge noch nicht einmal in jedem Fall einen Rechtsanspruch auslöst, sondern die Leistungen dieser kollektiven Sicherungssysteme von andauernd wechselnden politischen Beschlussfassungen abhängen. Diese besondere deutsche Tradition muss man also sehen und analysieren, zur Kenntnis nehmen, wenn man sie überwinden will.

Zum anderen glaube ich, dass nach wie vor die Schattenseiten der jüngeren deutschen Geschichte, also die Jahre 1933 bis 1945, indirekt Auswirkungen haben auf die deutsche Politik – direkt und indirekt. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Damit meine ich nicht: Schluss mit einer Diskussion über den Nationalsozialismus oder gar das Infragestellen der deutschen Schuld in diesen Jahren. Dieses System war ohne Zweifel das Grauenhafteste und Furchtbarste, was wir in der Geschichte erlebt haben. Und das Leid, das in deutschem Namen verursacht wurde, ist durch nichts zu rechtfertigen. Nein, ich meine, dass politische Perversionen – um es einmal so auszudrücken – dieser Zeit zu Reflexen geführt haben, die mit dem Blick zurück nachvollziehbar, aber mit der heutigen Entwicklung nicht immer vereinbar sind.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: Die nationalsozialistische Ideologie berief sich in geradezu widerwärtiger Weise auf das so genannte Recht des Stärkeren als Naturgesetz. Dies hat zu einer menschenverachtenden Behandlung der so genannten Schwachen geführt. Aber: Im Reflex auf diese verwerfliche Politik erleben wir bis heute, dass allein das Berufen auf das angebliche „Schwachsein“ moralische und politische Ansprüche auslöst, die einer Überprüfung längst nicht immer standhalten. Natürlich, wer wirklich schwach ist oder sich nicht aus eigener Kraft helfen kann, der braucht die Hilfe der Gemeinschaft. Dies ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein christlich-moralisches Gebot.

Inzwischen berufen sich aber nicht wenige auf diese moralischen Ansprüche, die nicht wirklich schwach sind, sondern, vielleicht unbewusst, diesen geschichtlichen Komplex nutzen, um für sich selbst Vorteile zu erreichen. In der politischen Diskussion wird die Notwendigkeit der Hilfe für die Schwachen oft auch dann vorgeschoben, wenn diese durchaus in der Lage wären, sich entweder selbst zu helfen oder in eigener Entscheidungsfreiheit über ihre Absicherung und darüber, wie ihre Schwäche bekämpft werden soll, zu entscheiden.

III.

Meine Damen und Herren, ich habe diese beiden mehr oder weniger kurzen historischen Rückblicke gewählt, um deutlich zu machen, wie schwierig es speziell in Deutschland ist, notwendige gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Wir brauchen aber diese Veränderungen, genauer gesagt den Systemwechsel, um international konkurrenzfähig zu werden.

Welchen Systemwechsel meine ich? Ich meine zunächst die Reform der sozialen Sicherungssysteme, das heißt der Gesetzgebung zu den Themen Gesundheit, Rente und Arbeit. Wenn Freiheit nicht nur Selbstverwirklichung bedeutet und Vorrang haben soll vor dem Anspruch auf kollektiv verordnete Geborgenheit, heißt das, dass in allen drei Bereichen die Menschen über den Grad ihrer Absicherung selbst entscheiden sollen. Eine Bevormundung passt nicht mehr in die Zeit. Diese Bevormundung haben wir aber. In allen drei Bereichen werden die Menschen jenseits von Entscheidungsfreiheit und Marktwirtschaftlichkeit in kollektive Sicherungssysteme eingeordnet und zwangsversichert.

Damit ich hier nicht missverstanden werde: Eine Grundsicherung begrüße ich: Niemand soll hungern und frieren; niemand soll ins Bodenlose fallen, wenn er oder sie arbeitslos wird; niemand soll aufgrund begrenzter finanzieller Mittel vom medizinischen Fortschritt ausgeschlossen werden oder, ganz gleich in welchem Lebensalter, nicht mehr die Möglichkeit haben, vor lebensbedrohlichen Krankheiten geschützt zu werden. Nein, diese Grundsicherung muss durch kollektive Systeme vorgenommen werden. Aber alles, was darüber hinausgeht, soll doch bitte der Entscheidungsfreiheit des Einzelnen und dem Markt unterliegen, soll vertraglich geregelt sein und nicht mehr der poli-

tischen Beliebigkeit unterliegen. Nur solche Systeme werden Deutschland auf Dauer konkurrenzfähig halten.

Was spricht denn dagegen, das Gesundheitssystem so zu reformieren, dass nur die teuren und lebensbedrohlichen Risiken von der Gemeinschaft abgesichert, die Risiken des Alltags aber in Eigenvorsorge ohne kollektive Zwangssysteme versichert werden? Was spricht denn dagegen, wie Professor Biedenkopf schon vor zehn Jahren vorgeschlagen hat, nur eine Grundsicherung für das Alter durch Steuern zu garantieren, alles darüber Hinausgehende aber dem Einzelnen zu überlassen? Was spricht denn dagegen, dass man bei Arbeitslosigkeit nur für eine Übergangszeit gesichert ist, damit niemand – und seine Familie – ins Bodenlose fällt, die Frage aber, wie lange und in welchem Umfang man nach dieser Übergangszeit versichert wird, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern selbst in einer eigenen Versicherung freizustellen?

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt: Nichts, überhaupt nichts spricht dagegen – im Gegenteil: Wir brauchen dringend einen Systemwechsel. Ein solcher Systemwechsel ist nach den Grundsätzen der freien Entscheidung, des Marktes und der Gerechtigkeit dringend geboten und notwendig. Das ist meine feste Überzeugung, und ich bin sicher, dass dies nach einiger Zeit auch allgemein anerkannt sein wird.

Nebenbei: Dies ist auch nicht, wie manche Kritiker meiner eigenen Partei sagen, leistungsfeindlich. Diese argumentieren, dass jemand, der viel geleistet und damit gut verdient hat, zum Beispiel auch höhere, größere Rentenansprüche haben soll als derjenige oder diejenige, die nichts leisten wollten. Dieses Argument überzeugt mich nicht, denn derjenige oder diejenige, die viel geleistet haben, haben ja auch die notwendigen freien Mittel, eine bessere Altersversorgung zu vereinbaren als andere. Wichtig ist nur: Die Entscheidung über Art und Umfang ist nicht gesetzlich verordnet, und Höhe, Beiträge und Leistungen sind nicht gesetzlich in den kollektiven Systemen vorgeschrieben, sondern sind allein nach Art und Umfang in die Entscheidungsfreiheit eines jeden Einzelnen gestellt. Ich glaube, im Jahre 2003 sollten wir so weit sein, aus den Zeiten der „Zwangsbeglückung“ auszusteigen und herauszukommen. Das ist meine feste Überzeugung.

Ich weiß, dass diese Änderungen aus den genannten Gründen – nämlich der deutschen Tradition, um es oberflächlich zu sagen, Geborgenheit und Sicherheit vor Freiheit und der Überbetonung des moralischen Anspruchs der so genannten Schwachen, ohne die Schwäche tatsächlich geprüft zu haben – sehr schwer fallen. Aber wir brauchen sie.

Gleiches gilt übrigens für einen Systemwechsel in der Steuerpolitik. Auch hier wird es nicht darum gehen, die eine Steuer hinauf-, die andere Steuer herunterzusetzen, die eine Sonderabschreibung zu reduzieren, die andere zu erhöhen, und, und, und. Es geht um den Wechsel zu einem übersichtlichen, einfachen und gerechten Steuersystem. Ich berufe mich hier gern auf die Vorschläge meines Kollegen Gunnar Uldall, weil sie heute so gültig sind wie vor zehn Jahren: Erstens: drastische Reduzierung der Subventionen. Ich glaube, von der Praktikabilität her wird das nur mit einer einheitlichen Senkung der Subventionen nahezu für alle Subventionstatbestände gehen. Es ist zwar im Einzelfall vielleicht ungerecht, aber der einzige durchsetzbare Weg. Zweitens: drastische Reduzierung der Sonderabschreibungstatbestände und, durch diese beiden Faktoren verursacht, drittens: drastische Senkung der Steuer in Stufen, um das Steuersystem klarer und gerechter zu machen.

Es gilt das Bonmot, meine Damen und Herren – Anwesende, die betroffen sind, mögen es mir verzeihen –: Je überflüssiger der Steuerberater, desto besser die Steuerreform.

IV.

Aber es geht nicht nur um den Systemwechsel in wichtigen gesellschaftlichen und sozialen Fragen, sondern es geht auch um die Organisation unseres Staates, im Bund und in Hamburg. Sind wir, so wie wir uns in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 nahezu ohne einschneidende oder große Reformen organisiert haben, so wie Hamburg jetzt aufgebaut ist, auf Dauer international konkurrenzfähig? Ist der Staatsaufbau wirklich transparent und effektiv? Ich habe da meine Zweifel. Können wir es hinnehmen, dass wichtige Pla-

nungen, wie zum Beispiel der Bau eines Flughafens, heute von der Idee bis hin zur Realisierung zwischen achtzehn und zweiundzwanzig Jahren dauern? Ist es wirklich erträglich, dass eine technische Innovation wie der Transrapid über fünfzehn Jahre im Emsland im Kreis fährt, in Deutschland ad acta gelegt wird, dann wieder diskutiert wird und längst in Schanghai gebaut worden ist? Es ist unerträglich, meine Damen und Herren!

Ich glaube, diese Beispiele, die typisch, plastisch und Einzelfälle, aber symptomatisch sind, zeigen: In der jetzigen Struktur geht es nicht auf Dauer weiter.

Bevor ich zur notwendigen Strukturänderung komme, erlauben Sie auch hier einen kurzen historischen Gedanken, wie diese Struktur eigentlich entstanden ist: Natürlich ist der Föderalismus – Sie haben ihn angesprochen, Herr Dr. von Foerster – auch Ausdruck der historischen deutschen Kleinstaatenrei vor der Reichsgründung. Man hat versucht, soweit es geht, historische Interessen und regionale Grenzen mit verwaltungstechnischen Erfordernissen in Einklang zu bringen. Neben diesem territorialen Prinzip der Aufteilung ist das Grundprinzip einer möglichst starken Machtaufteilung und Machtzer splitterung im Wesentlichen aber auch ein Reflex auf den zentralistischen Machtmissbrauch während der Jahre des Dritten Reiches. Die Perversion der Macht, konzentriert nicht nur auf eine Partei, sondern auf eine Person, hat dazu geführt, die Staatsgewalt so weit wie möglich aufzusplitten, um Machtmissbrauch zu verhindern – nicht nur in vertikale Gewaltenteilung à la Montesquieu, sondern auch in eine extreme horizontale Gewaltenteilung, zumindest im Bereich der Exekutive und der Legislative. Diese ist nach den Schrecken von 1933 bis 1945 nachvollziehbar, hält einer kritischen Überprüfung heute – um es freundlich auszudrücken – aber nicht in jedem Punkt stand.

Was wir dringend brauchen, ist eine Reform des Föderalismus. Diese umfasst auf jeden Fall Strukturelles, kann aber auch Räumliches bedeuten.

Strukturell heißt das für mich, dass wir endlich wieder eine klare Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern brauchen. Der Kuddelmuddel ist unglaublich und bedarf einer tief greifenden Reform.

Ich habe das Vergnügen, Mitglied des Bundesrates zu sein. Über 60 Prozent der im Bundestag verabschiedeten Gesetze bedürfen der Zustimmung des Bundesrates und verursachen einen Gesetzgebungsprozess, der so lang, so umständlich, so verwirrend und so untransparent ist, dass er auf die Dauer zu einer Verlängerung oder Lähmung der staatlichen Entscheidungswänge führt, die uns langfristig im internationalen Wettbewerb auch wirtschaftlich konkurrenzunfähig macht. Damit muss Schluss sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Es ist auch wenig transparent und wenig demokratisch, dass eine Bundestagsmehrheit, gleich welcher Couleur – im Moment regieren aus meiner Sicht die anderen, aber wir werden ja auch einmal wieder regieren, darum sage ich „gleich welcher Couleur“ –, ihre eigenen politischen Ideen nicht nur verwirklichen kann aufgrund unseres Verhältniswahlrechtes in einer Koalition – das ist schon schwierig genug –, sondern die Verwirklichung auch deshalb schwer fällt, weil das, was im Bundestag mit Mehrheit beschlossen wurde, in 60 Prozent der Fälle eines umständlichen Einigungsverfahrens im Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag bedarf. Ich glaube, dieses ist in der Substanz wenig transparent und mit demokratischen Maßstäben negativ zu beurteilen.

Wir brauchen hier dringend eine Reform, die aus meiner Sicht zweierlei beinhaltet: Zum einen wird man bei einer nüchternen Bestandsaufnahme zu dem Ergebnis kommen, dass es vollends ausreicht, wenn 20 bis 30 Prozent der Gesetze tatsächlich der Mitwirkung des Bundesrates bedürfen, weil nur in diesen Fällen die Länder betroffen sind – nicht 60 Prozent, 20 bis 30 Prozent reichen vollends aus. Und: Eine größere Entscheidungskompetenz für den Bund muss aber einhergehen mit einer Entflechtung der Bundes- und Landeskompetenzen. Wir haben jetzt eine Fülle von so genannten Rahmen gesetzgebungen, Gemeinschaftsaufgaben und Mischfinanzierungen. Das führt mit zu diesem gesetzgeberischen Stillstand. Wir brauchen hier eine Ent

flechtung, die dazu führt, dass der Bund das bekommt, was des Bundes ist, und die Länder das bekommen, was der Länder ist. Eine solche Entflechtung führt zu einer größeren Kompetenz des Bundestages, zu einer größeren Handlungsmöglichkeit der Bundesregierung, zu schnelleren und durchsetzbareren Entscheidungen auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber zu einer wirklichen Subsidiarität und zu einer neuen Bestimmung der Rechte der Länder. Denn wir Landesparlamente oder -regierungen sind doch nicht überwiegend gewählt, um die Bundesgesetzgebung mitzubestimmen, höchstens dann, wenn sie auch die Länder betrifft. Sondern wir sind gewählt, um wirklich die Kompetenz für unsere Länder zu haben. Das heißt: inhaltlich eine neue Aufgabenverteilung zwischen dem Bund und den Ländern. Ich hoffe, dass das vorangehen wird. Es gibt bislang, wie ich denke, sehr viel versprechende Gespräche zwischen den Ländern auf der einen und dem Bund auf der anderen Seite. Ich selber habe gerade das Vergnügen, bis Mitte November Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz zu sein. Wir sind in diesem letzten Jahr in den Verhandlungen mit dem Bund viele Schritte weitergekommen; um es zu sagen: Beschränkung der Landeskompotenten auf Landesdinge, weg von Bundeszuständigkeiten, aber auch Beschränkung der Bundeskompetenz auf Bundesdinge, sich herausziehen auch in Finanzierungen aus Landeszuständigkeiten. Wir sind in der direkten exekutiven Verhandlung zwischen den Landesregierungen auf der einen und der Bundesregierung auf der anderen Seite viele Schritte vorangekommen. Es gibt ein kleines Problem: dass der Bundestag die Sache entdeckt hat und sich ihrer jetzt selbst annehmen will. Das verzögert die Angelegenheit leider ein bisschen. Obwohl wir den Bundestag natürlich brauchen, weil Grundgesetzmänderungen notwendig sind, die ja eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag erfordern. Meine Sorge ist nur, dass die Verhandlungen, die relativ weit gediehen sind, nun wieder von vorn beginnen. Sie haben vielleicht gelesen, dass der SPD-Fraktionsvorsitzende, Herr Müntefering, vorgeschlagen hat, einen Konvent einzuberufen, der alles wieder von vorn aufrollen soll. Ich habe nichts gegen Konvente, nur, sie verzögern alles so sehr. Ich wünschte mir, dass es jetzt schnell ginge; denn wir sind doch im Wettbewerb mit anderen europäischen Ländern und auch in Übersee, und darum muss es schnell gehen. Aber entscheidend ist, dass diese Strukturfrage in diesem Sinne gelöst wird.

V.

Meine Damen und Herren, was das Strukturelle angeht, habe ich meine Auffassung dargelegt. Was das Räumliche angeht, lieber Herr Dr. von Foerster, möchte ich taktvoll nur so viel sagen – Sie haben mich ja freundlicherweise zitiert –: nämlich, dass sich Hamburg einer Neugliederung der Länder weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart und, ich prognostiziere, auch nicht in der Zukunft widersetzen würde. Ich formuliere dies so zurückhaltend, weil ich weiß, dass dieses in den Nachbarländern skeptisch gesehen wird und ich die gute Zusammenarbeit, die sich ja immer weiter, Stück für Stück, entwickelt, mit den anderen norddeutschen Bundesländern nicht durch eine Überbetonung dieser für sie provozierend wirkenden Forderung in Frage stellen möchte. Einer meiner Vorgänger, Henning Voscherau, hat sich ja einmal sehr entschieden für den Nordstaat ausgesprochen und gesagt, er hätte überhaupt nichts gegen einen Nordstaat, von ihm aus könnte Lübeck gern die Hauptstadt werden. Also: Wo Voscherau Recht hat, hat er Recht, meine Damen und Herren.

Ein gewisses Problem ist nur das Folgende, und ich bekenne das freimütig, Herr Dr. von Foerster. Ich habe dieses auch kürzlich in zwei Ansprachen, Diskussionen gesagt, im Industrieverband und einige Tage davor in Hannover, beim Wirtschaftsrat. Die Kollegen der Medien waren natürlich dabei, und was übrig blieb, war: Von Beust fordert Nordstaat. Dann haben sie ja ihren Job zu machen, haben pflichtgemäß bei Christian Wulff und Heide Simonis angerufen, die natürlich pflichtgemäß widersprochen haben, und schon hieß es: Riesenärger im Norden, die anderen Länder machen nicht mit, von Beust prescht vor. Da kann man mutig vorpreschen, aber wenn das Ergebnis eines solchen Preschens ist, dass die alltägliche Zusammenarbeit plötzlich wieder schwieriger wird, bringt es nicht so viel. Darum gibt es Dinge, bei denen man sagt:

Immer daran denken, aber nicht darüber sprechen.

Und dieser Punkt gehört zum Beispiel dazu.

Im Übrigen stellt sich die Frage, ob eine Föderalismusreform nicht auch mit einer Stärkung der direkten Demokratie, der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger, einhergehen sollte. Kriegen Sie jetzt keinen Schreck: Ich weiß, dieses ist ein konservatives Auditorium, und ich bin auch eher konservativ. Ich bin zwar auf Bundesebene skeptisch, was plebiszitäre Elemente angeht, schon deshalb, weil die Sachverhalte zum großen Teil so komplex sind, dass sie auf eine einfache, der Volksabstimmung unterworfenen Ja-Nein-Frage kaum zu reduzieren sind. Aber ich glaube, dass eine direkte Mitbestimmung bei der Auswahl von Personen erweitert werden könnte.

Warum – erlauben Sie mir diesen Gedanken – sollte nicht in Deutschland auch, wie zum Beispiel in Österreich, der Bundespräsident direkt vom Volk gewählt werden? Ich hielte diesen Vorschlag für sinnvoll, dies umso mehr, als ich die jetzige Diskussion über die Bundespräsidentennachfolge, da die Amtszeit noch gut ein Jahr dauert, mit den ganzen taktischen und strategischen Spielchen für ziemlich unwürdig halte. Allein das zeigt, dass eine Direktwahl durch die Bevölkerung kein schlechterer Weg wäre als die bisherige Wahl durch die Bundesversammlung. Darum sollten wir den Mut haben, diesen Weg zu gehen.

Das gilt übrigens auch für die Wahl von Ministerpräsidenten oder Bürgermeistern in Stadtstaaten. Warum sollten sie nicht direkt vom Volk, sondern indirekt vom Parlament gewählt werden? Ich glaube, das kann man machen, sollte man machen, denn das stärkt persönliche Verantwortung, und das kann niemals schaden.

VI.

Ich habe eben von aus meiner Sicht notwendigen Strukturreformen des Bundes, der Bundesrepublik Deutschland, gesprochen. Nun ist es für mich – als der Regierungschef eines der sechzehn Länder, und nicht des größten Landes – einfach, vom Bund zu sprechen, denn der ist insofern weit weg, als sich sein Mitspracherecht da in Grenzen hält. Wir müssen uns überlegen: Sind wir in Hamburg, so wie wir uns organisiert haben, konkurrenzfähig? Daher meine Frage an Sie: Glauben Sie, dass die dreistufige Verwaltungsstruktur, wie wir sie in Hamburg haben, auf Dauer zeitgemäß ist? Ich bezweifle das. Wir haben Ortsämter mit Ortsausschüssen, wir haben Bezirksverwaltungen mit Bezirksversammlungen, und wir haben den Senat mit der Bürgerschaft als Parlament und bei allem noch eine Unzahl von Fach- und Unterausschüssen. Senatoren ist darüber hinaus noch zur Kontrolle ihrer Arbeit die so genannte Deputation zugeordnet – angesiedelt bei den zuständigen Fachbehörden. Wir haben also einen dreistufigen Aufbau in der hamburgischen Verwaltung und eine Sonderverwaltungskontrolle durch die Deputationen. Nach meiner Auffassung ist diese Art des Verwaltungsaufbaus nicht mehr zeitgemäß und bedarf dringend einer Reform.

Eine zweistufige Verwaltung, mit klarer Kompetenzabgrenzung – zwischen dem, was örtliche Aufgabe ist, und dem, was gesamtstädtische Aufgabe ist –, wäre effektiver, bürgernäher, transparenter und letztlich auch demokratischer, weil die Abläufe kontrollierbarer wären.

Was spricht eigentlich gegen eine einheitliche kommunale Ebene, die nicht mehr, wie bisher, aus sieben Bezirken und 20 Ortsämtern, sondern, um Bürgernähe zu gewährleisten, lediglich aus, sagen wir, 15 bis 17 Bezirken besteht? Einheitlichkeit der kommunalen Interessenwahrnehmung und Einheitlichkeit der gesamtstaatlichen Wahrnehmung, so müsste eine kontrollierbare und effektive Verwaltung in Hamburg organisiert werden.

Ich weiß, dass solche Gedanken viel Unruhe unter den Betroffenen auslösen, und ich habe noch gut im Ohr ein Gespräch mit Frau Simonis, die mir gesagt hat: „Wenn Sie garantiert nicht wiedergewählt werden wollen, machen Sie eine Gebietsreform.“

Nun will ich wiedergewählt werden, glauben Sie mir. Trotzdem denke ich, auch wenn man wiedergewählt werden will, hat man die Verantwortung zu überlegen: Was müssen wir tun, um Hamburg effektiver zu organisieren? Und ich glaube, wir müssen – und wir werden es auch tun – jetzt beginnen, dieses

zu diskutieren. Das geht ja nicht von oben nach unten. Ich höre manchmal gute Ratschläge von Damen und Herren, die in der Wirtschaft erfolgreich sind. Nur, sie haben in der Wirtschaft die Möglichkeit, relativ eindeutige – ich will nicht Befehlsstränge sagen, das wäre ja militärisch – Entscheidungsstränge zu haben. Wenn sich der Vorstand einmal durchgerungen hat, einen Systemwechsel zu machen, dann wird er auch gemacht. In der Politik ist das nicht so einfach, denn Sie brauchen Mehrheiten im Parlament – das heißt, Sie brauchen eine Verfassungsänderung und müssen dafür auch die politischen Gegner gewinnen –, Sie brauchen Mehrheiten in der eigenen Partei. Und wenn Sie eine Verwaltungsreform machen, müssen Sie immer sehen, dass die große Mehrheit der Parteitagsdelegierten selber eines der Ämter innehat, die eventuell abgeschafft werden sollen. Das ist nicht ganz einfach. Trotzdem brauchen wir eine Verwaltungsreform in Hamburg. Wir werden dies in Kürze thematisieren und angehen.

Dazu gehört auch die Frage – ich habe es eben in der Funktion geschildert –, ob die Deputationen, wie wir sie in Hamburg haben, noch zeitgemäß sind. Historisch wurden die Deputationen in Zeiten ins Leben gerufen, in denen die Senatoren ihr Amt ehrenamtlich wahrgenommen haben und eine breitere Bürgerschaft benötigt wurde, um sie in der Amtsführung zu unterstützen, weil die ehrenamtliche Tätigkeit so viel Zeit in Anspruch genommen hat. Darum sagte man, nicht eine Person allein leitet eine Behörde, sondern man bildet ein Gremium anderer ehrenwerter Bürger, die diese in der Amtsführung unterstützen. Das ist der historische Bezug der Deputationen.

Aber passt das heute noch? Ich verkenne nicht die Qualifikation und das Engagement vieler Deputierter, denke aber, dass eine Regierung, ganz gleich, welcher Couleur, gewählt worden ist, um zu regieren, und das Parlament gewählt worden ist, um die Regierung zu kontrollieren. Eine weitere Kontrolle auf Verwaltungsebene, die den parlamentarischen Proporz wiedergibt, ist nicht systemgerecht. Auch hier brauchen wir eine Reform, einfach um schneller und handlungsfähiger zu werden.

Auch dieses wird in Hamburg diskutiert werden. Meine persönliche Auffassung dazu haben Sie eben gehört.

Neben der Organisation der Verwaltung wird es auch um die größere Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung der Stadt gehen. Wie bei den sozialen Sicherungssystemen befürworte ich mehr Eigenverantwortung auch bei Verwaltung und Planung, die bisher hoheitlich wahrgenommen werden. Angelsächsische Länder haben hier ein Modell entwickelt, das auch für uns vorbildlich sein kann, die so genannten Business Improvement Districts. Das bedeutet, dass in einem bestimmten Areal für einen befristeten Zeitraum Anwohner und Stadt die eigenverantwortliche Übernahme bestimmter Aufgaben durch die Anwohner vertraglich regeln, entweder in deren eigener Finanzierung oder mit Unterstützung der Stadt.

Ein Beispiel: Wenn die gewerbetreibenden Anwohner einer wichtigen Einkaufsstraße in der Innenstadt eine Reihe von Anregungen für ihre Straßengestaltung oder Kritik haben an den bisherigen baulichen Zuständen, frage ich mich, warum man nicht per Vertrag die Lösung der Aufgaben auf die Anwohner überträgt, soweit es sich nicht um zwingend hoheitliche Aufgaben handelt. Dies kann entweder in eigener Regie oder in einer Public-Private-Partnership geschehen. Die Menschen nehmen ihr Schicksal selbst in die Hand, der Staat zieht sich zurück, Eigenverantwortung greift, und die Probleme werden schneller gelöst.

Ich will, dass ein solches Modell in einem ausgewählten Quartier in Kürze begonnen wird. Sollte dies erfolgreich sein, kann das beispielgebend sein für viele Quartiere. Wir brauchen den Mut und das Engagement der Menschen und müssen nicht denken, alles gehe hoheitlich immer besser. Das ist ein Trugschluss.

VII.

Diese strukturellen und organisatorischen Reformen zu diskutieren, zu überzeugen, Änderungen zu bewirken, das ist das eine; das ist schon schwierig genug, aber notwendig. Denn es geht, wie gesagt, nicht um eine Reform des Systems, sondern um einen Systemwandel. Das andere ist das Inhaltliche, die

inhaltliche Weichenstellung. Diese inhaltliche Weichenstellung findet, aus Hamburger Sicht, in einem sich verschärfenden Wettbewerb der Städte und Regionen statt. Analysieren wir offen die Situation unserer Stadt: In einigen Bereichen hat man sich in der Vergangenheit erfolgreich bemüht – und das ist anzuerkennen –, in diesem Wettbewerb der Städte und Regionen gut dazustehen. Ich denke sowohl an die Entscheidung dieses Senates, aber insbesondere auch der Vorgängersenate, die Voraussetzung für die Produktion des Airbus A380 in Hamburg zu schaffen. Ich denke daran: den Hafen zu stärken, Ausbaureserven zu behalten und den Ausbau des Hamburger Hafens, der enorme Wachstumsraten hat, Stück für Stück voranzutreiben.

Auf der anderen Seite gibt es Dinge, bei denen man vor zehn, fünfzehn Jahren die Entscheidungsfreudigkeit zum großen Wurf nicht gehabt hat. Ich denke an den Großflughafen in Kaltenkirchen. Die Sache ist sozusagen weggeflogen. Der Markt dafür ist nicht mehr da; andere Flughäfen, Kopenhagen, Amsterdam, haben investiert, für Hamburg ist die Sache vorbei. Ich denke an den Messeausbau. Wir haben uns in Hamburg vor zehn Jahren entschieden, nicht den großen Sprung zu wagen, wie es andere Messen gemacht haben, Hannover, München und Leipzig, sondern haben uns für eine innerstädtische, mit begrenzten Platzreserven, aber damit auch begrenzter Stärke versehene Messe entschieden. Ich habe die Transrapidverbindung Hamburg – Berlin angesprochen. Ich denke an fehlende Infrastrukturentscheidungen im Bereich der Verkehrspolitik, zum Beispiel an die Frage, einen Autobahnring um Hamburg zu bauen. Ich glaube, eine Metropole in dieser Größe ohne eine vernünftige Umfahrung Westen – Osten ist einmalig. Auch hier sind die Entscheidungen nicht getroffen worden. Und ich denke an verpasste Investitionen für unsere Hochschulen.

Meine Damen und Herren, in den letzten zehn, fünfzehn Jahren ist zu lange gezögert und gezaudert worden. Verbunden mit einer gewissen Selbstzufriedenheit nach dem Motto: „Wir sind ja ohnehin das Tor zur Welt, komme, was da wolle“, hat dies Hamburg im internationalen Wettbewerb der Metropolregionen zurückgeworfen.

Ich will, dass mit Vertagungen und Entscheidungsblockaden Schluss ist. Wir können uns dies nicht länger leisten. Wer international und national Profil gewinnen will – und wir müssen das –, braucht hierfür ein Konzept. Unser Konzept heißt: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt.

Das Konzept basiert auf zwei Grundüberzeugungen:

Zum einen: Hamburg soll wachsen. Das mag banal klingen, ist es aber dann nicht mehr, wenn Sie an die Diskussion über die Rolle von Großstädten in den siebziger, achtziger bis in die neunziger Jahre hinein zurückdenken. Damals sprach man von der „Unregierbarkeit der Städte“, der „Unwirtlichkeit der Städte“ und – besonders bei den Grünen – der „Gefahr des Wachstums als solchem“. Wachstum wurde als Begriff negativ belegt. Heute sagen wir: Ja, Hamburg soll, Hamburg muss wachsen, weil eine bestimmte Größe notwendig ist, um sowohl die regionale Nachfrage für die Wirtschaft zu haben als auch das Potenzial zu haben, im Vergleich mit internationalen Regionen und Metropolen mitzuhalten. Hamburg muss wachsen!

Zum Zweiten: Wir wollen uns bewusst dem internationalen Wettbewerb stellen. Nicht Selbstzufriedenheit und Mittelmaß, sondern mutige Entscheidungen brauchen wir. Diese Entscheidungen beinhalten unter anderem notwendige städtebauliche Maßnahmen, das heißt Flächen für das Wachstum und ausgewählte städtebauliche Projekte.

Bei der Ausweisung der Flächen geht es um drei Dinge:

Erstens – und das liegt mir besonders am Herzen – müssen bewusst Flächen für Industrie und Gewerbe geschaffen werden. Ich halte überhaupt nichts von einer Flucht in eine reine Dienstleistungsgesellschaft nach dem Motto: In den Grenzen der Großstadt gibt es nur Dienstleistung, und irgendwo draußen, wo es keiner sieht, gibt es vielleicht die Industrie. Das wird uns auf Dauer nicht konkurrenzfähig halten. Die Dienstleistungswirtschaft braucht gewerbliche und industrielle Auftraggeber, auch in den Grenzen der Stadt.

Zweitens wird es bei der Vergabe von Flächen für Wohnungsbau darum gehen umzusteuern, nicht mehr, wie es in der Vergangenheit gewesen ist, aus-

schließlich städtische Flächen zur Verfügung zu stellen für sozialen Geschosswohnungsbau oder für die Vergabe von Erbbaurechten. Sondern das, was Menschen, gerade junge Familien in Hamburg brauchen, ist Eigentum zu erschwinglichen Preisen. Ich will verhindern, dass junge Familien unsere Stadt verlassen oder gar nicht erst in unsere Stadt kommen, weil es keinen Grund und Boden mehr gibt. Wir haben dafür gesorgt und werden dafür sorgen, dass städtische Flächen vorwiegend im Eigentum an junge Familien gegeben werden, damit wir sie in den Grenzen der Stadt halten oder sie nach Hamburg holen können. Wir brauchen diese Menschen.

Drittens: Die Lebensqualität Hamburgs als grüne, mit viel Wasser durchzogene, lebens- und liebenswerte Stadt darf nicht gefährdet werden. Muss sie auch nicht und wird sie auch nicht. Unsere Stadt verfügt über große Flächenreserven mit und ergänzend zur HafenCity. Denken Sie nur an die ehemals von der Bundeswehr und der Deutschen Bahn benötigten Flächen, aber auch an den bislang noch unnötig großen Flächenverbrauch durch eine Reihe von Krankenhäusern, die in Zeiten geplant und gebaut wurden, als es drei- bis viermal so lange Liegezeiten gab wie heute und die Patienten diese Flächen quasi als grüne Lunge brauchten, um sich während ihrer Rekonvaleszenzzeit über drei, vier Wochen im Grünen zu bewegen. Das geht heute glücklicherweise alles erheblich schneller. Das bedeutet, dass hier erhebliche Flächenreserven sind. Das heißt, von einem Missverständnis Wachsende Stadt auf der einen Seite, Lebensqualität auf der anderen Seite unter der Gefahr des „Zubetonierens“ unserer Stadt kann keine Rede sein.

Wo wollen wir wachsen? Ich möchte das wahr machen, was Herbert Weichmann in den siebziger Jahren einmal als Forderung postuliert hat: Hamburgs Zukunft liegt im Süden. Der Sprung über die Elbe ist die größte städtebauliche Herausforderung im Leitbild Wachsende Stadt. Wir sind sozusagen schon in die Knie gegangen, sind bereits zwei Zentimeter über dem Boden und sind dabei zu springen.

Denken Sie an die Teile der HafenCity, die im Süden der Elbe liegen. Denken Sie an die Internationale Gartenbauausstellung in Wilhelmsburg, wo es nicht darum geht, einige Tulpen und Stiefmütterchen zu pflanzen, sondern Wilhelmsburg selbst als ein Viertel mit einer enormen, auch architektonischen baulichen Substanz wieder in den Mittelpunkt zu rücken. Denken Sie daran, dass der Harburger Binnenhafen aus dem Hafengebiet herausgenommen wurde – bei Berücksichtigung der Belange der noch dort verbleibenden gewerblichen Betriebe. Dort, direkt am Wasser, in Harburgs citynaher Lage, wurden Wohnungen, Freizeit und Arbeit geschaffen. Denken Sie an das große Neubaugebiet Neugraben/Fischbek. Denken Sie an das große Gebiet der ehemaligen Röttiger-Kaserne in Hamburg-Harburg. Denken Sie an Airbus, DaimlerChrysler, Phoenix-Center. Denken Sie an die großen beschlossenen Verkehrsprojekte, von der A 26 über den Bau der Ortsumgehung Finkenwerder bis hin zu dem Bemühen, die Hafenquerspange im Bundesverkehrswegeplan zumindest langfristig zu verankern. Hamburgs Zukunft liegt im Süden.

Apropos Hafen, wenn ich von der Hafenquerspange gesprochen habe: Der Hafen ist und bleibt für Hamburg und die Region entscheidender Wirtschaftsfaktor. Trotzdem müssen wir lernen, dass dieser Hafen kein Sondergebiet, sondern Bestandteil dieser Stadt ist. Wenn wir den Sprung über die Elbe wollen, Arbeiten, Leben und Freizeit am Wasser wollen, brauchen wir eine Hafenplanung, die mit den Interessen der Wirtschaft auf der einen und diesem städtebaulichen Ziel auf der anderen Seite im Einklang steht.

Dazu wird es auch gesetzlicher Änderungen bedürfen. Die jetzigen Vorschriften über Emissions- und Immissionsbegrenzung führen zum Teil dazu, dass Menschen, die gern stadtnah, citynah am Wasser, in Hafennähe wohnen wollen und bereit sind, Beeinträchtigungen durch die Hafennähe in Kauf zu nehmen, dies nicht dürfen, weil abstrakte Umwelt-Grenzwerte hierauf keine Rücksicht nehmen. Umweltgesetzgebung soll aber den Menschen dienen, statt sie zu Sklaven von am grünen Tisch festgesetzten Messwerten zu machen. Hier ist ein Umdenken dringend notwendig.

Ich weiß, dass manchen diese Grundüberlegungen zum Thema „Wachsende Stadt“ noch zu virtuell sind, sie fragen dann: Na gut, erzählen können Sie

ja vieles, und die Modelle sehen toll aus; was passiert denn nun wirklich? Es sind ja Planungszeiträume, die sich bis zu den Jahren 2012/2015 erstrecken.

Darum einige noch konkretere Beispiele:

Die Bebauungsplanverfahren in Sachen Wohldorf/Ohlstedt, Bergstedt und Klein Borstel sind im Gange. Wie konkret die sind, merkt man schon daran, dass Bürger im Volksbegehren sich gegen die Bebauung wehren.

Erlauben Sie mir einen Hinweis, weil ich aus der Gegend komme; sie liegt mir einfach am Herzen: Es reicht nicht, abstrakt zu sagen: Hamburg soll wachsen! Es reicht nicht, abstrakt zu sagen: Wir brauchen Eigentum für junge Menschen, junge Familien! Sondern dieses Abstrakte muss konkretisiert werden. Meine Feststellung ist, dass überall dort, wo das Abstrakte besonders betont wird, der Widerstand am größten wird, wenn es konkret wird. Und das geht nicht, meine Damen und Herren, sondern da muss entschieden werden, und da muss man durch.

Städtebauliche Projekte in der Hamburger Innenstadt sind in Vorbereitung oder im Bau: Baubeginn für die Neugestaltung des Jungfernsteigs wird im Frühjahr 2004 sein, Fertigstellung Frühjahr oder Sommer 2005; der Bau der – übrigens seit zwanzig Jahren diskutierten – Europa-Passage ist in vollem Gange; der Baubeginn am Domplatz wird im Jahre 2004 sein; die Umgestaltung des Vorplatzes des Dammtorbahnhofes wird im Jahre 2004 beginnen; der Aus- und Umbau der Hamburg Messe wird bereits behördlich vorbereitet; die Erweiterung des Congress Centrums Hamburg wird im Jahre 2004 beginnen; die Neugestaltung des Spielbudenplatzes wird – trotz aller künstlerischen Diskussionen – nach einem Wettbewerb im Jahre 2004 beginnen und wird im Jahre 2005 fertig sein; das garantiere ich Ihnen.

Der Investorenwettbewerb für das Herzstück der HafenCity, das Überseequartier – nebenbei: in der Grundfläche etwa dreimal so groß wie der Potsdamer Platz; daran sehen Sie, um welches Vorhaben es geht –, ist nach Abschluss des städtebaulichen Wettbewerbes im Juli dieses Jahres in vollem Gange. Es gab neun Investorengemeinschaften, die ihr Interesse geäußert haben. Nach Vorgesprächen und Eingrenzung auf diejenigen, die es schaffen können, sind vier Investorengemeinschaften übrig geblieben. Der Wettbewerb findet bereits statt. Vier sind in der engeren Wahl, und im Laufe des Jahres 2004 werden die Entscheidungen fallen. Die Verhandlungen mit weiteren Investoren über Neubauprojekten in der HafenCity sind zum Teil abgeschlossen. Anhandgaben erfolgen dieses Jahr. So wird es in der HafenCity einen Neubau geben vom „SPIEGEL“, SPIEGEL TV, mit Räumen für Redaktionen und Verwaltung und Studios, ein weiteres Projekt, das ein Mosaikstein in diesem Areal sein wird. Am Sandtorkai wird gebaut, am Dalmannkai ist der Baubeginn, überwiegend für Wohnungsbau, im Frühjahr 2004.

Ich schildere dies so detailliert, um deutlich zu machen: Wachsende Stadt ist nichts Virtuelles, nicht nur Planerisches und keine fixe Idee von Politikern. Wir haben in vielen Bereichen Entscheidungen getroffen, die seit zehn, fünfzehn Jahren diskutiert worden sind, ohne dass entschieden wurde, immer mit dem Ziel, Hamburg im Wettbewerb zu stärken, und ich glaube, das Konzept der Wachsenden Stadt ist das richtige.

Wichtig wird aber sein, dass dieses Entstehende architektonisch überzeugend ist. Dabei geht es nicht nur darum, dass sich Neues in das Gesicht und Profil der Stadt einpasst. Wir brauchen Unverwechselbares, architektonisch Provokierendes, Auffälliges, Baukunst, über die weltweit gesprochen wird, um es etwas polemisch auszudrücken: Nur dreigeschossiger Backstein, mit runden „Augen“, runden Fenstern, als maritimer Geste wird auf Dauer nicht reichen.

Es geht um mehr als architektonische Routine oder Ästhetik. Wir brauchen ein Wahrzeichen der Stadt für das 21. Jahrhundert, das internationale Ausstrahlung hat. Dies kann eine Philharmonie auf dem Kaispeicher A sein. Dies kann das neue Herzstück des Überseequartiers sein. Auf jeden Fall muss es etwas sein, das höchsten internationalen Ansprüchen genügt, über das man spricht und das mit dem Gesicht Hamburgs mindestens so verbunden wird, wie das Opernhaus mit Sydney oder der moderne Triumphbogen in La Défense mit Paris. Es ist dringend notwendig, dass in dieser Stadt, die international

ist und international sein wird, architektonische Highlights entstehen, die uns an Profil gewinnen lassen und herausstechen. Das ist mein erklärttes Ziel.

Und dies ist keine bloße Ankündigung, sondern die Entscheidungen hierüber werden im nächsten halben Jahr, wenn es um die genauere architektonische Gestaltung dieser eben skizzierten Phasen der HafenCity geht, gefällt werden.

VIII.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Wachsende Stadt braucht natürlich nicht nur Flächen und ausgewählte städtebauliche Projekte, sondern auch Menschen. Wenn ich will – und ich will das –, dass Hamburg wächst und sich im internationalen Wettbewerb der Regionen behauptet, ganz vorn ist, braucht diese Stadt mehr Internationalität, und mit Internationalität meine ich Leistungsträger, Menschen aus aller Welt, die nach Hamburg kommen und gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Bereicherung bringen. Wir brauchen diese Menschen aus der ganzen Welt.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Wenn ich von „Leistungsträgern“ spreche, meine ich nicht, dass sich Hamburg der Verpflichtung entziehen will, auch den Menschen zu helfen, die politisch verfolgt sind oder die aufgrund von Krieg und Bürgerkrieg nicht sicher in ihrer Heimat leben können. Ich bekenne mich ausdrücklich zu dieser rechtlichen, aber auch moralischen Verpflichtung. Diese Hilfe begrenzt sich aber – natürlich gibt es immer Ausnahmefälle – im Regelfall auf den Zeitraum der Bedrohung dieser Menschen an Leib und Leben. Ansonsten kommt es darauf an, gezielt zu steuern und dafür zu sorgen, dass Leistungsträger in unsere Stadt kommen.

Ich meine daher, dass die Grundsatzdiskussion über eine Änderung des Zuwanderungsrechts lange genug geführt worden ist. Aus Hamburger Sicht würde ich eine rasche Neuregelung begrüßen – eine Neuregelung, die zum Beispiel beinhaltet, dass Leistungsträger die Möglichkeit haben, nicht nur kurz befristet, sondern länger zu uns zu kommen und auch ihre Familie mitzubringen.

Nach dem jetzigen Ausländerrecht ist es so, dass weder die Familien mitgebracht werden können und sie im Regelfall nach einer kurzen Zeit in das Land zurückgehen müssen, aus dem sie gekommen sind, von dort aus erneut einen Antrag stellen müssen und dann wieder einreisen dürfen. Das ist ein absurder Zustand, der, unabhängig von der menschlichen Komponente, auch dazu führt, da andere Staaten weltweit anders verfahren – zum Beispiel Großbritannien, zum Beispiel die Vereinigten Staaten –, dass wir im internationalen Wettbewerb, die Besten zu uns zu holen, hintan bleiben müssen, weil die Gesetze im Moment so sind, wie sie sind. Wir brauchen hier dringend eine Änderung.

Im Protokoll bitte vermerken: Vereinzelter Beifall. Manchmal steht im Protokoll auch noch „von der Gegenseite“, aber ich weiß nicht, wer es war.

Diese Regelung muss aber auch dazu führen, dass junge Menschen, die hier studiert und, wie so häufig, ihr Studium hervorragend abgeschlossen haben, die Möglichkeit haben, nach dem Studium in Deutschland zu bleiben – wenn sie es wollen –, und nicht in ihr Heimatland zurückkehren müssen.

Und eine solche Regelung sollte bedeuten, dass Studienanfänger aus dem Ausland nicht den Irrungen und Verwirrungen der deutschen Bürokratie ausgeliefert werden, sondern über eine einzige Anlaufstelle arbeits-, ausländerrechtliche sowie melderechtliche Angelegenheiten erledigen können. Sonst bekommen Sie kaum gute Leute, die bereit sind, in Hamburg zu studieren.

Ein neues Zuwanderungsrecht muss eben vernünftige und gesteuerte Zuwanderung beinhalten. Bei einem internationalen Land wie Deutschland – und erst recht einer internationalen Stadt wie Hamburg – darf gar nicht erst der Eindruck entstehen, dass bei der Entscheidung dieser Fragen Ressentiments oder Vorurteile eine Rolle spielen könnten.

Erlauben Sie mir hier einen Gedankensprung. Gerade bei der Aufnahme ausländischer Studierender beziehungsweise des Rechts derjenigen, die hier studiert haben, auch nach dem Examen in Deutschland zu bleiben, wird hin und wieder Entwicklungspolitisch argumentiert nach dem Motto, es sei für die Herkunftsländer wichtig, dass die Männer und Frauen wieder der Wirt-

schaft und Gesellschaft ihres Heimatlandes zur Verfügung stünden.

Dieses Argument überzeugt mich aus zweierlei Gründen nicht: Zum einen geht es auch um eine individuelle Frage des- oder derjenigen, der oder die hier studiert und hier Examen gemacht hat, und deren Lebensplanung, die man zumindest nicht automatisch behaupteten entwicklungs politischen Gedanken unterordnen darf. Zum anderen glaube ich, dass es bestimmte Irrwege der Entwicklungspolitik gibt, die viel gravierender und wichtiger sind als Bleiberechte.

Ich sage das, weil es zwar nicht in meiner Kompetenz, aber mir am Herzen liegt.

Wenn es bei der WTO-Konferenz letzte Woche nicht möglich war, dass sich Europa und die Vereinigten Staaten bereit erklären, in schnelleren Schritten als geplant die Agrarsubventionen zurückzufahren und die Einfuhrzölle zu senken, damit die sich entwickelnden Länder, die – zum Beispiel Lebensmittel – ja erheblich billiger produzieren können, Ausfuhrchancen und damit wirtschaftliches Wachstum erreichen, und zweitens die Ausgaben für Entwicklungshilfe um ein Vielfaches geringer sind als die Aufwendungen für Agrarsubventionen, so zeigt das, dass wir von einer wirklichen Chancengerechtigkeit für die sich entwickelnden Länder noch weit entfernt und auch hier Reformen dringend notwendig sind.

Ich weiß, diese Auffassung wird in Deutschland, insbesondere in der Agrarwirtschaft, unpopulär sein. Wenn wir aber von der „Freizügigkeit des internationalen Warenverkehrs“ sprechen und sagen, Subventionen müssen gesenkt und reduziert werden, und gleichzeitig den sich entwickelnden Ländern eine Chance geben wollen, müssen wir hier nach meiner Überzeugung in Europa und in den Vereinigten Staaten größere Schritte hin zu diesen Ländern machen, damit sie ihre Chance bekommen. Andernfalls kommen wir in eine Disharmonie der Entwicklung zwischen den sich entwickelnden Ländern und Europa und den Vereinigten Staaten, die auf Dauer natürlich einen Nährboden für Terrorismus liefern, den wir wirklich nicht wollen. Wir müssen diesen Ländern endlich ihre Chance geben, die sie verdienen.

IX.

Aber zurück zu den Inhalten der Wachsenden Stadt:

Eng verbunden mit der Internationalisierung des Wettbewerbs um die besten Köpfe und auch generell der wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Qualität einer Stadt oder einer Region ist der Standard von Wissenschaft und Forschung. Hier hat Hamburg ein riesiges Nachholbedürfnis. Eine qualitativ wachsende Stadt wird immer eine Stadt sein, in der Wissenschaft und Forschung groß geschrieben werden müssen. Wir brauchen, auf einer Ebene mit der Wachsenden Stadt, eine – lassen Sie mich es so formulieren – Wissende Stadt. Mich hat in der Vergangenheit bedrückt, dass zwar nicht alle, aber viele Hamburger Hochschulen beinahe in allen Ranking-Verfahren nur unter „ferner liegen“ abgeschnitten haben. Das ist auf Dauer nicht akzeptabel und wird nicht gut gehen, weder für die jungen Männer und Frauen, die aus Hamburg kommen, noch für das internationale Profil unserer Stadt.

Drei Schritte sind notwendig, um dies zu ändern, und sie haben für mich eine hohe Priorität:

Erstens: eine Hochschulreform, wie sie jetzt beginnt, die die Qualität der Abschlüsse und nicht die Quantität der Studienanfänger in den Mittelpunkt stellt. Die Qualität und nicht die Quantität ist das Entscheidende. Die Zuweisung der Mittel an die einzelnen Fakultäten kann nicht, wie in der Vergangenheit, überwiegend danach gehen, wie viele Studierende sich für einen Studiengang einschreiben – schon deshalb nicht, weil wir eine Studienabbrucherquote von durchschnittlich rund 50 Prozent haben –, sondern muss sich zunehmend danach richten, wie viele Studierende mit welcher Qualität ihr Studium beendet haben.

Zweitens: Wissenschaft und Forschung brauchen Geld, Drittmittel, aber auch staatliche Mittel. Die Investitionen in der mittelfristigen Finanzplanung des jetzigen Senats für den Bereich Wissenschaft und Forschung sind – mit den Verkehrsinvestitionen – diejenigen, die am meisten angestiegen sind, nicht zuletzt wegen der Entscheidung über eine Neuentwicklung des Univer-

sitäts-Krankenhauses Eppendorf, die in einem ersten Abschnitt rund 250 Millionen Euro kosten wird.

Lassen Sie mich in Klammern sagen: Die Diskussion in den Zeitungen über die Qualität und den Standard des UKE, sowohl als Krankenhaus wie auch als wissenschaftliche Forschungseinrichtung, ist bis auf die letzten Jahre – da ging es – in den etwa fünf bis sieben Jahren davor ein Skandal für den Standort Hamburg gewesen. Wir haben mit dem Universitäts-Klinikum ein hervorragendes Krankenhaus mit hohen medizinischen Maßstäben und einem riesigen Potenzial für Wissenschaft und Forschung in unserer Stadt. Dass dort über Jahre nicht investiert wurde und Investitionsentscheidungen auf die lange Bank geschoben wurden, ist schon deshalb eine Versündigung am Standort Hamburg, weil innovative Medizin und Medizintechnik in unserer Region eine enorme Chance sein können, da die regionale Nachfrage so stark ist, dass wir neben der Region München größte Region in der Bundesrepublik sind, die diesen Markt beherrschen könnte. Das UKE über Jahre ohne notwendige Mittel, ohne notwendige Investitionsentscheidungen, lax gesagt: verlottern zu lassen, ist ein Skandal gewesen. Darum muss hier investiert werden, und es wird investiert werden.

Aber es geht nicht nur um Investitionen, sondern es geht auch um den Betrieb der Hochschulen, um die laufenden Mittel. Wir haben jetzt einen Vertrag mit den Universitäten geschlossen, dass während dieser Legislaturperiode zumindest der Status quo erhalten bleibt. Das ist zu wenig, das weiß ich. Aber wenn Sie jährliche Steuereinbrüche haben – die nicht voraussehbar waren –, aufgrund des Wegbruchs der Gewerbesteuer und der Körperschaftsteuer, in Höhe von 300 Millionen Euro, ist eine solide Haushaltspolitik, die ja nicht endlos in die Neuverschuldung hineinmanövriert werden darf, ausgesprochen schwierig. Dann zu sagen: Ihr behaltet zumindest den Status quo!, ist zwar etwas, wenn auch zu wenig.

Auf die Dauer wird dieses nicht ausreichen. Wir werden nicht nur in Hamburg, sondern in der Region enorme Anstrengungen unternehmen müssen. Hochschulpolitik ist nicht nur eine Aufgabe der Stadt, sondern auch eine Aufgabe der Region. Die Zeiten, in denen jede Hochschule – auch auf Kosten der anderen – in einem Umkreis von 150 oder 200 Kilometern im Radius um Hamburg herum ihr eigenes Profil zu finden versucht, müssen vorbei sein. Wir brauchen klare Absprachen über Kompetenzen und Profile der Hochschulen in der Region. Nur, trotzdem werden wir, auch was Hamburg angeht, zumindest in ausgewählten Bereichen – das heißt in denen, von denen man sich wirtschaftlich Erfolg und Nachfrage verspricht, auch für die dort Studierenden, für die Menschen und für die internationale wissenschaftliche Konkurrenzfähigkeit – mehr Geld ausgeben müssen als bisher. Investitionen in und laufende Finanzierung von wissenschaftlichen Einrichtungen sind der entscheidende Standortfaktor der Zukunft, und hier wird Hamburg noch erheblich mehr tun müssen und tun werden als bisher. Es ist mein fester Entschluss, dies zu machen.

Erlauben Sie mir hierzu eine persönliche Bemerkung: Zur Finanzierung einer besseren Wissenschaft und Forschung halte ich es nach wie vor für vernünftig, über Hochschulgebühren nachzudenken oder – Ihrer Aufforderung zur Klarheit folgend, Herr Dr. von Foerster – sie auch einzuführen.

Das ist im Moment schwierig. Wir haben Hochschulrahmengesetze, die es den Universitäten nicht einmal erlauben, selbst zu entscheiden, wer an ihre Hochschule kommt, um dort zu studieren. Und Sie wissen: Die Bundesbildungsministerin führt vor dem Bundesverfassungsgericht ein Verfahren gegen das Land Baden-Württemberg, das für Langzeit-Studierende Studiengebühren eingefordert hat, aber die Grünen sagen, mit ihnen nicht. Nein, meine Damen und Herren, das ist der falsche Weg. Wir brauchen Hochschulgebühren aus zweierlei Gründen: einmal, um diese Gebühren für die Hochschule zu nutzen. Was dort gezahlt wird, soll ja nicht in den Straßenbau gehen, sondern soll für die Hochschulen bezahlt werden. Zum Zweiten: Ich glaube, für Studenten, für Hochschulen gilt, was allgemein gilt: Nur wer selber bezahlt, sorgt sich auch um die Qualität!

Dies wird nicht dazu führen, dass Studierende mit wenig Geld vom Studium ausgeschlossen werden sollen oder dürfen. Es gibt aber Modelle, wie

zum Beispiel in Australien, dass vom Staat Darlehen zur Finanzierung der Hochschulgebühren mit niedrigem Zinssatz vergeben werden, die nach absolviertem Studium in Raten, dem jeweiligen Gehalt angepasst, zurückgezahlt werden. Ich halte eine solche Regelung weder für wissenschaftsfeindlich noch für unsozial. Ich halte sie für fair und marktwirtschaftlich.

Drittens: Auch Hochschulen brauchen Wettbewerb. Zu diesem Wettbewerb gehört, dass sich Hochschulen zumindest – ich habe es angesprochen – einen Teil ihrer Studierenden selbst aussuchen, Leistungsträger anwerben dürfen. Zu diesem Wettbewerb gehört aber auch, wenn Sie so wollen, der wissenschaftliche Wettkampf zwischen staatlichen, privaten oder in Public-Private-Partnership-betriebenen Hochschulen.

Ich freue mich daher, dass es, neben dem hier schon länger ansässigen NIT, durch die Bucerius Law School, die geplante Hamburg Media School auf dem sich in Entwicklung befindenden Mediencampus Finkenau und der Hamburg School of Logistics eine Reihe von Einrichtungen gibt, die ergänzend oder im Wettbewerb zu den staatlichen Universitäten arbeiten oder arbeiten werden. Ohne Wettbewerb gibt es keine Höchstleistungen. Das gilt auch für Hochschulen.

X.

Meine Damen und Herren, ich wollte Ihnen an einigen ausgewählten Beispielen zeigen, wie das Szenario der Wachsenden – der Wissenden – Stadt Wirklichkeit zu werden beginnt. Sie werden aber vom Großen bis zum Kleinen feststellen, dass dies nur mit einem Systemwechsel möglich ist.

In der Politik muss ich täglich feststellen: Jede Veränderung stößt zunächst auf Vorbehalte. Diese Vorbehalte reichen von intellektueller Skepsis bis zum massiven Widerstand. Ich bedauere dies außerordentlich, aber es scheint menschlich zu sein, dass man abstrakt Veränderungen verlangt, bei sich und seiner Umgebung aber keine wünscht. Genau das erleben wir zurzeit bei uns in Hamburg. Ich habe darauf hingewiesen: In der Nachbarschaft der Gebiete, wo gebaut werden soll – auch wenn es sich überwiegend um Einfamilienhäuser handelt –, gibt es massiven Widerstand, und zwar – in psychologisch interessanter Weise – insbesondere bei denen, die gerade neu dorthin gezogen sind.

Lehrer protestieren gegen das neue Lehrerarbeitszeitmodell. Dazu möchte ich etwas sagen, was nicht im Manuskript steht, mir aber ein Anliegen ist. In den Zeitungen können wir im Moment eine grundsätzliche Gegenwehr, auch gerade der Gewerkschaften, gegen das Lehrerarbeitszeitmodell verfolgen. Dieses Lehrerarbeitszeitmodell sagt, es gibt Lehrerinnen und Lehrer, die in Fächern unterrichten, die viel Vorbereitungsaufwand und viel Korrekturaufwand haben. Nehmen Sie einmal einen Deutschlehrer in der Oberstufe, der unglaublich viele Arbeiten korrigieren muss. Das kostet Zeit, kostet viele Vorbereitung. Andere Lehrer wiederum machen wichtigen Unterricht, aber mit weniger Vorbereitung und Nachbereitung. Ich habe hohen Respekt vor Sportlehrern, schon weil ich selbst relativ unsportlich bin. Aber die Sportgeräte werden meistens von den Schülern hingestellt, und Nachbereitung gibt es dort auch wenig. Das Lehrerarbeitszeitmodell sagt also: Die einen, die viel vorbereiten und nachbereiten, müssen weniger unterrichten, und die anderen, die wenig Vorbereitung und Nachbereitung haben, müssen mehr unterrichten. Was ist die Folge? Die, die weniger unterrichten, nehmen es dankbar, aber stumm, hin, und die, die mehr unterrichten, gehen auf die Barrikaden. So ist das Leben.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes protestieren so ziemlich gegen alles: sowohl gegen die Heranziehung privaten Kapitals zur Erledigung öffentlicher Aufgaben als auch gegen die Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 40 Stunden und gegen eine maßvolle Einschränkung des dreizehnnten Monatsgehalts, auch wenn dieses sozial abgestuft ist und es nach wie vor im gesamten öffentlichen Dienst, gleich ob Beamte oder Angestellte, keine betriebsbedingten Kündigungen gibt. Trotzdem: Massiver Protest der Gewerkschaften.

Erlauben Sie mir auch hierzu eine persönliche Bemerkung. Ich bin nun wirklich kein Beamtenfresser. Ich komme selber aus einer Beamtenfamilie.

Mein Vater ist Beamter gewesen, mein Großvater war Staatsanwalt, also auch Beamter. Das Privileg, als Beamter oder Beamtin unkündbar zu sein, ist eine vernünftige Errungenschaft des Berufsbeamtentums, auch in der heutigen Zeit. Aber auch das Privileg für Angestellte im öffentlichen Dienst, quasi unkündbar zu sein aus betrieblichen Gründen – es gibt weder in Hamburg noch in den meisten anderen Kommunen oder Bundesländern Kündigungen aus betrieblichen Gründen – , bei einer Arbeitslosigkeit von über vier Millionen, lässt sich in den sozialen Absicherungen doch mindestens vergleichen mit den meisten Beschäftigten in der gewerblichen Wirtschaft. Das sollte einen zumindest dann, wenn es mit einer solchen Massivität von Protesten gegen geringfügige Einschneidungen geht, etwas zurückhaltender machen.

Hochschulen und einige Studierende protestieren gegen die geplante Hochschulreform, gegen geplante Studiengebühren, gegen das Recht der Universität, Studierende auszusuchen, und, und, und.

Das heißt, überall dort, wo Veränderungen notwendig sind, gibt es Protest und Ärger.

Natürlich, jeder hat das Recht zu protestieren und gegen etwas zu sein. Das gehört zur Demokratie, sich artikulieren zu dürfen. Es gehört auch zur Verpflichtung der Politikerinnen und Politiker, sich diesen Protest anzuhören und ihn ernst zu nehmen.

Nur, ich bin überzeugt: Politiker sind gewählt, um zu handeln und eigene Überzeugungen auf dem parlamentarischen Weg durchzusetzen. Man muss sich selbstverständlich die Argumente der Betroffenen und von Interessengruppen anhören. Wer sich aber ausschließlich nach deren Meinung richtet, wird nichts bewegen und ist darum fehl am Platze.

Darum wäre es ein verhängnisvoller Fehler, sich danach zu richten. Weil dann schlicht und ergreifend nichts passieren würde. Es muss aber viel passieren: Systemwechsel in Deutschland und in Hamburg. Dafür werbe ich. Herzlichen Dank. ■